

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deubardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspaltige, Postzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Arbeiterfrage auf dem Essener Katholikentag.

E. Großer Lärm ist wochenlang vorher in der Zentrumspresse von der ganz besonderen Bedeutung des diesjährigen Katholikentags gemacht worden. Die Essener Woche, so wurde verkündet, sollte „unter dem Zeichen der sozialen Frage“ stehen. Das Zentrum hat es allerdings nötig, nach so vielen Verbrechen gegen die Arbeiter sich seinem proletarischen Gefolge für die nächsten Wahlen in empfehlende Erinnerung zu bringen. Und dazu ist der Katholikentag, wo die freie Meinungsäußerung ausgeschlossen ist, wo große und schöne Worte, die zu nichts verpflichten, so wohlfeil sind, der rechte Ort. Allerdings waren die Zentrumblätter so unvorsichtig, gleich von vornherein keinen Zweifel darüber zu lassen, in welchem Sinne und zu welchem Zwecke die soziale Frage in Essen behandelt werden sollte. So schrieb die „Germania“, das Berliner Zentrumblatt, in ihrem Begrüßungsartikel: „In Essen wird bei den Verhandlungen der Katholikentagsversammlung naturgemäß die soziale Frage voran- stehen, und der leitende Gedanke der Schutz der Arbeitermassen vor der Verführung, die Stärkung ihrer kirchlich-religiösen und vaterländischen Gesinnung sein.“

Und die „Essener Volkszeitung“ berief sich in ihrem Einleitungsartikel auf ein Wort Peter Reichenspergers aus den fünfziger Jahren: „Als Bürger und Christen darf ich Sie anrufen, hemmen Sie nicht das gläubige Volk, das sich zum Kreuze drängt, hemmen Sie nicht die Meister des christlichen Wortes, die das arme leidende Volk Geduld, Gehorsam, Vertrauen und ewige Vergeltung lehren und es bewahren vor dem berauschenden Gifte, das die Revolution und der Atheismus in vollen Bechern ihm darbieten.“

Getreu dieser Anweisung ist in Essen auch die soziale Frage behandelt worden. Seit das Zentrum sich der Organisierung der Arbeiter mit erneutem Eifer widmet (was etwa mit dem Zeitpunkt zusammenfällt, wo die klassenbewusste Arbeitererschaft erobert in die kirchlichen Gebiete eingezogen ist), widmet es den Sonntag seiner jährlichen Katholikentage den Arbeitern. Es beruft die Arbeiter, Gesellen und Knappenvereine nach dem Tagungsort zu einem Festzug ein; der folgsame Anhang gehorcht dem Rufe, der durch billige Fahrgelegenheit und sonstige Vergünstigungen und Verheißungen besondere Wirkung ausübt. Die gläubigen Arbeiter kommen im Sonntagsstaat mit ihren Fahnen und Abzeichen, die Vergleute mit ihren seltsamen Uniformen; sie lassen sich von den Großen des Katholikentags begrüßen, von einem Bischof oder gar einem Kardinal segnen, und geben dem Zentrum Gelegenheit, sich der Treue und Anhänglichkeit der Arbeiter zu rühmen. 43 000 bis 45 000 Arbeiter sollen diesmal an dem Festzug teilgenommen haben, was von der kirchlichen Presse als ein nie dagewesenes Ereignis, als ein unvergleichlicher Triumph der katholischen Sache ausgeschrien wird. Angenommen die Zahl trafe zu — was will sie bedeuten für eine Gegend, wo allein im Bergbau Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt sind, für den Westen Deutschlands, wo die Industrie Millionenheere von Arbeitern gesammelt hat!

An den Festzug schloß sich eine größere Anzahl von Arbeiterversammlungen an, in denen Geistliche und M.-Gladbacher Gewerkschafts- und Arbeiterssekretäre die Notwendigkeit der christlichen Arbeiterbewegung als Schutz gegen Umsturz und Unglauben nachzuweisen versuchten. Es seien hier einige Stellen aus den Reden wieder gegeben:

„Die sozialdemokratische Bewegung, deren die wahren Interessen der Arbeiterschaft durchaus schädigende Tätigkeit immer deutlicher zutage tritt, erschwert die Arbeit der christlichen Arbeiterbewegung ungemein.“ — (Arbeiterssekretär Klost.)

„Grundätzlich verwerfen die katholischen Arbeiter den Klassenkampf, und zwar sowohl aus religiösen wie aus praktischen Gründen; der Klassenkampf... baucht sich auf den Machtstandpunkt auf, der niemals dem Arbeiterstand eine gesicherte Stellung bereiten kann. Nicht durch die Niederringung der anderen Stände, sondern durch die Überbrückung der wirtschaftlichen Gegensätze erwarten wir den Sieg unserer Sache.“ — (Derselbe.)

„Unser Ziel muß sein, durch Förderung der christlichen Sozialreform den weiteren Zugang zur Sozialdemokratie zu unterbinden.“ — (Derselbe.)

„Die Sozialdemokratie hat durch ihr Verhalten eine bessere Durchführung der Sozialpolitik verhindert und vielfach die Gefahr heraufbeschworen, daß arbeiterfeindliche Gesetze erlassen wurden.“ — (Derselbe.)

„Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist berufen, die materielle Lage des Arbeiterstandes zu heben auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung. Sie wird den Entscheidungskampf mit der Sozialdemokratie zu führen haben.“ — (Derselbe.)

„Der Glaube soll uns auch im Berufsleben leiten. Bei allen Fragen des täglichen Lebens heißt es zunächst: Was sagt der katholische Glaube dazu? Deshalb darf der Arbeiter sich auch nur den Vereinen anschließen, die den Glauben auf ihr Banner geschrieben haben. Im öffentlichen Leben gilt derselbe Grundsatz.“ — (Oberlandesgerichtsrat Marx.)

„Am Rüstzeug für den Kampf zu haben, darf der Arbeiter die geistige Bildung nicht vernachlässigen. ... Aber jede Bildung muß stehen unter der weltverklärenden Sonne der christlichen Weltanschauung.“ — (Derselbe.)

Die Sozialdemokraten fordern Vernichtung der Gesellschaft, wir erstreben die Eingliederung in die Gesellschaft.“ — (Metallarbeiter Wieber.)

„Die sozialdemokratische Partei wäre lange nicht so mächtig, wenn sie sich nicht gewerkschaftlich so vorzüglich organisiert hätte. Von dem Feinde soll man lernen, deshalb müssen auch wir uns organisieren. Schuler an Schuler in den christlichen Gewerkschaften.“ — (Derselbe.)

Wir müssen zu jeder Zeit, in der Fabrik, im Wirtschaftshaus, auf dem Wege mannhaft eintreten für unseren katholischen Glauben.“ — (Pfarrer Klein.)

Der katholische Arbeiter muß auch nach außen hin, im öffentlichen Leben eintreten für seine christlichen Grundsätze; vor allen Dingen muß er sich in den christlichen Arbeiter- und Gewerkschaften zusammenschließen, um vereint mit seinen Arbeitskollegen dem andrängenden Umsturz einen festen Damm entgegenzusetzen.“ — (Derselbe.)

Der christliche Arbeiter soll sich bemühen, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, aber jeder sozialdemokratischen Organisation fernbleiben. Er darf sich nur einer Organisation anschließen, die auf den Grundsätzen des Christentums steht.“ — (Dr. Schmidt-Düsseldorf.)

Die politische Unwissenheit ist unser größter Feind; ihr verdankt die Sozialdemokratie drei Millionen Stimmen.“ — (Arbeiterssekretär Oronowski-Dortmund.)

Es ist eine Tatsache, daß es zu einem guten Teil auf die Gleichgültigkeit der christlichen Arbeiter zu setzen ist, wenn den Gegnern der Sozialreform Wasser auf die Mühle geliefert wird.“ — (Pfarrer Hille.)

Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie treu sind. Ich ermahne euch, so zu bleiben, bewahrt euch als wahrhaft christliche Arbeiter, erkennet in den Priestern diejenigen, die eure besten Freunde sind.“ — (Kardinal Fischer.)

Auch bei Wahlen ist zunächst die Religion zu berücksichtigen. Nur denen dürft ihr eure Stimme geben, die einwachen für die christliche Weltanschauung.“ — (Kardinal Fischer.)

Politik und Religion gehen zusammen, denn nur eine Politik, die im Einklang mit der Religion steht, kann zum Segen des Vaterlandes gereichen.“ — (Professor Wildermann.)

Wir müssen endlich auch Anschluß an eine politische Partei suchen und das kann für katholische Arbeiter nur die Zentrumspartei sein.“ — (Gewerkschaftssekretär Imbusch.)

Das Zentrum ist stets energisch für die Arbeiter eingetreten, darum haben nun aber auch die Arbeiter die Pflicht, das Zentrum zu unterstützen.“ — (Abg. Nacken, Aachen.)

Wer nach diesen Ausführungen noch daran zweifelt, daß die Katholikentage politische Veranstaltungen sind, mit der Bestimmung, die gläubige Masse an die Zentrumspartei zu fesseln, der muß noch dummer als dumm sein. Im übrigen soll nicht verkannt werden, daß in den Arbeiterversammlungen hier und da auch entscheidende, auf wichtige Arbeiterinteressen hingewiesene Worte fielen. So forderte einer der Redner (Textilarbeiter Schiffer) Anpassung der Steuerbelastung an die Leistungsfähigkeit der einzelnen Bevölkerungsklassen, Erweiterung des Wahlrechts in Staat und Gemeinde, Zulassung der Arbeiter zu den Parlamenten und Gemeindevertretungen. Ein anderer Redner (Kurtzsch, Köln) forderte außer freiem Versammlungrecht auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht, wobei nur zu bedauern ist, daß diese Forderungen keinen Widerhall in den Versammlungen des Katholikentags fanden.

In den Beschlüssen, die zur sozialen Frage gefaßt wurden, ist von diesen Dingen nicht die Rede. Die Gründe davon, die zugleich die Bedeutung der Katholikentage ins rechte Licht setzen, hat uns Herr Gröber, der Präsident, wissen lassen. In der ersten geschlossenen Versammlung wies er darauf hin, daß die Hauptaufgabe der Katholikentage sei, die Einigkeit und Glaubensfestigkeit zu erhöhen, und daraus folge, daß alle Gegenstände, die Meinungsverschiedenheiten ausgesetzt seien, von der Tagesordnung ausgeschlossen werden müßten. In der ersten öffentlichen Versammlung drückte sich Herr Gröber noch deutlicher aus, indem er be-

tonnte, wie notwendig die Einigkeit der Katholiken sei, und dann meinte: „Vermeiden wir deshalb alle Zersplitterungen auf unseren Katholikentagen; lassen wir keinen Antrag zu, der auch nur von weitem so aussehe, als ob er Kontroversen (Meinungsverschiedenheiten, Auseinandersetzungen) heraufbeschwören würde. Wir sind nicht dazu da, Kontroversen auszutragen, sondern die Einigkeit zu pflegen und zu fördern.“

In diesen Worten liegt das Geheimnis des „Erfolges“ der Katholikentage, ihres „glanzvollen Verlaufes“, ihrer ungetriebenen „Harmonie“. In ihnen liegt aber auch die Erklärung für die innere Leere der Katholikentage, liegt vor allen Dingen die Erklärung auch dafür, weshalb die Arbeiterfrage dabei so spärlich wegstimmt. Man weiß, mit wie verschiedenen Augen innerhalb der Zentrumspartei die Arbeiterpolitik betrachtet wird, wie sofort, wenn Arbeiterforderungen auftauchen, die über allgemeine Redensarten hinausgehen, die Agrarier, Zünftler und andere Interessengruppen sich regen. Man kann also von vornherein schließen, was dabei herauskommt, wenn bezüglich der Arbeiterfrage der Katholikentag nur solche Gegenstände behandeln darf, die nach der Anweisung Gröbers, „Meinungsverschiedenheiten ausschließen“. Da bleibt nicht viel übrig, und in der Tat ist denn auch den Beschlüssen des Essener Katholikentages anzumerken, daß man mit behutsamer Absicht allen Forderungen aus dem Wege gegangen ist, die die Arbeiterbewegung der Gegenwart, selbst die christliche, als wichtig und notwendig betrachtet.

Eine große Anzahl der in dem sozialen Ausschuss vorbereiteten und von der letzten geschlossenen Versammlung angenommenen Anträge bestand in bloßen Erklärungen zugunsten bereits vorhandener Bestrebungen und Vereine. So begrüßte die Versammlung die Gründung von Arbeiter-erzählschulen als hervorragende Mittel, „dem christlichen Arbeiterstande seine idealen Güter zu erhalten“; sodann drückte die Versammlung ihre Anerkennung aus dem Gedenken der katholischen Arbeitervereine und empfahl die Gründung von Arbeiterinnenvereinen. Ein Antrag forderte den Abschluß von Tarifverträgen und empfiehlt Arbeitern und Arbeitgeber, „sich zu einer vom Geiste der Gerechtigkeit und Veröhnung getragenen tarifmäßigen Regelung der Arbeitsverhältnisse die Hand zu reichen“. Zugunsten des kaufmännischen Mittelstandes wurde ein Antrag angenommen und weiter hingewiesen auf die „segensreiche und erfolgreiche Tätigkeit“ des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen. Sodann wurde ein Antrag angenommen, der die katholische Studentenschaft ersucht, „sich auf sozialem Gebiet theoretisch und praktisch zu betätigen und zu diesem Zwecke soziale Zirkel ins Leben zu rufen“, ein anderer, der zur Förderung und Unterstützung des katholischen Frauenbundes auffordert. Ein Antrag sprach sich aus für die gründliche religiöse und sozialpolitische Schulung der jugendlichen Arbeiter und der Einführung in Arbeitervereine, besonders auch der vom Lande in die Stadt zugewanderten Arbeiter. Weitere Anträge betreffen die Gründung eines deutschen Kellnerbundes, die weitere Ausgestaltung des hauswirtschaftlichen Unterrichts, die Fortführung der Gesetzgebung zugunsten des Handwerkerstandes, die Förderung der Wohlfahrtspflege auf dem Lande, die Unterstützung der katholischen Jugendvereine. Sodann nahm die Versammlung einige Anträge zum Arbeiterschutz an: Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in Feuerbetrieben der Eisenindustrie, gesetzlicher Schutz der Heimarbeiterrinnen und reichsgesetzliche Regelung des Bergwerks- und Knappschaftswesens — wobei selbstverständlich nicht erwähnt wurde, daß gerade das Zentrum die Erfüllung dieser letzten Forderung nach dem großen Bergarbeiterstreik in verräterischer Weise hintertrieben hat.

Im ganzen handelt es sich bei den Beschlüssen zur sozialen Frage um ein Sammelsurium von Empfehlungen und Forderungen, das gerade die wichtigsten Dinge außer acht läßt: die allgemein gesetzliche Festlegung der täglichen Arbeitszeit, die Sicherung des Koalitionsrechtes, die rechtliche Gleichstellung der Landarbeiter — Forderungen, die auch in der christlichen Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielen; weiter, worauf auch die Redner in den Arbeiterversammlungen am Sonntag vorher hingewiesen hatten: Anpassung der Steuerlast an die Leistungsfähigkeit der Bevölkerungsklassen und — als die Grund- und Hauptfrage aller Arbeiterpolitik: das allgemeine gleiche Wahlrecht. Aber das alles gehört zu den Fragen, von denen die Macher des Katholikentags „Kontroversen“, Auseinandersetzungen und Zersplitterung fürchten. Solche Forderungen passen den Unternehmern, Agrariern und Zünftlern des Zentrums nicht, darum hinweg mit ihnen! Ist es doch interessant, daß in

der langen, ebenfalls von der letzten geschlossenen Versammlung angenommenen Resolution, die eine „planmäßige kommunale Sozialpolitik“ empfiehlt und eine große Reihe Einzelorderungen anspricht, die wichtigste aller Forderungen fehlt: das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für die Gemeinde!

Es zeugt für den Ernst und die Gründlichkeit, womit der Essener Katholikentag, der angeblich „unter dem Zeichen der sozialen Frage“ stehen sollte, die Sache der Arbeiter behandelt, daß die Anträge des sozialen Ausschusses, dessen Vorsitzender bezeichnenderweise der Zentrumsagrariere Gerold ist, in der überhasteten Stunde der letzten geschlossenen Versammlung abgehaspelt wurden, der die wenigen Teilnehmer sozusagen mit dem Reißkoffer in der Hand beimohnten. Eine Aussprache fand kaum bei einem der zahlreichen Anträge statt. Bei dem Heimarbeiterschutz sprach Herr Grzberger, bei dem Antrag auf Förderung der Arbeiterinnenvereine Fräulein Gracht, Sekretärin in M.-Glabach — als erste Frau, die auf einem Katholikentag zu Worte kam. Da die Mitglieder der katholischen Frauenvereine den Frauen verschlossen ist, diese also auch nicht an den Verhandlungen teilnehmen können, so erhielt Fräulein Gracht auf besonderen Antrag des Vorsitzenden als „Gutsachterin“ das Wort.

Nun ist ja auch in den öffentlichen (Frau) Versammlungen die Arbeiterfrage behandelt worden. Ein Wiener Literat hat über Volksbildungsbestrebungen und ein christlicher Herr aus Straßburg über Kunstszene gesprochen. Der Merkantilismus sieht ein, daß dem Bestreben der Arbeiter nach Teilnahme an den geistigen und künstlerischen Genüssen nicht länger zu widerstehen ist; er muß diesem Streben entgegenkommen, und so erklärt sich denn das Zentrum bereit, dem Volke, dem es in der Pfaffenkirche rechte Gläubigkeit und gute Gesinnung anezogen hat, nun fernerhin auch Bildung und Kunstgenuss zu gewähren — natürlich auf christlicher Grundlage und unter Obhut pfäffischer beschränkter Sittenwächter.

Um aber nichts von all den Großtaten zu vergessen, die der Essener Katholikentag für die Arbeiter geleistet hat, sei erwähnt, daß zum Präsidenten Herr Gröber gewählt wurde, ein Mann, von dem die Zentrumspresse rühmend verkündete, daß er der Sohn eines Arbeiters, ja sogar eines armen Arbeiters sei. Es sei weiter erwähnt, daß man neben einem Agrariere einen schlichten Mann aus der M.-Glabacher Zentrumsverwaltung, Herrn Giesberts, nachdem man ihm einen Frack angezogen, zum Vizepräsidenten gewählt hat. Herr Giesberts wurde sogar für würdig befunden, in der letzten öffentlichen Versammlung eine Rede zu halten über die soziale Betätigung der Katholiken. Die Rede des schlichten Mannes wurde mit dem auf Katholikentagen üblichen minutenlangen Beifall und Händeklatschen ausgezeichnet — und zwar zweifach: vor Beginn und nach Schluß.

Zwei Kardinal, Antonius Fischer aus Köln und Eminenz Vannutelli aus Rom, reichten dem Redner, als er abtrat, die behandschulte Rechte; Herr Giesberts dankte durch Handschuß. Der treffliche Mann hatte außerdem noch die Genußnahme, daß Herr Gröber, der Präsident, in der Schlußrede seiner Gedächtnis und ihm die Anerkennung des Katholikentags aussprach für die „schöne und maßvolle Art“, worin er die Grundsätze der christlichen Arbeiterbewegung dargelegt habe. Herr Giesberts scheint uns noch zu großen Dingen berufen zu sein.

Partei und Gewerkschaften.

II. (Sollte)

E. D. In der Hauptsache dreht sich der letztjährige Streit zwischen Partei und Gewerkschaften um die Frage „Propaganda für den politischen Massenstreik oder nicht“. Wie bekannt, hatte der letzte Gewerkschaftskongress „die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik“ eingehend erörtert.

Allein diese Erörterung schon ist den Gewerkschaftsführern sehr zum Vorschub gemacht worden. Unverblümt kam in Parteikreisen die Meinung zum Ausdruck, die ja auch bei den neuerlichen Erörterungen in der Parteipresse vertreten wird, mit ihrer Stellungnahme zum Generalstreik hätten die Gewerkschaften der Partei nicht vorgreifen dürfen, sie hätten sich wenigstens mit der Partei über eine einheitliche Stellungnahme in dieser Frage verständigen sollen. Man kann gewiß bedauern, daß letzteres nicht geschehen ist, und daß diese Verständigung unterblieb, denn gewiß einen empfindlichen Mangel unserer modernen deutschen Arbeiterbewegung auf für den aber unseres Erachtens die Gewerkschaftsleitungen am wenigsten verantwortlich zu machen sind. Denn von der Partei sind auf ihren Tagungen vordem oft genug Fragen behandelt worden, die das gewerkschaftliche Gebiet eng berührten, ohne daß die Parteileitung dieserhalb mit den Gewerkschaftsleitungen vorher in Verbindung getreten wäre. Allerdings beteiligten sich an diesen Parteitagen stets hervorragende Gewerkschaftsführer, aber auch der Gewerkschaftskongress setzte sich ausschließlich aus Parteigenossen zusammen, und nicht nur das: viele hervorragende Parteiführer nahmen an demselben Teil. Und nicht einer dieser Genossen protestierte gegen die Verhandlung der Generalstreikfrage auf dem Gewerkschaftskongress.

Man würde den Gewerkschaften wohl auch kaum die Erörterung dieser Frage auf dem Gewerkschaftskongress zum Vorwurf gemacht haben, wenn das Ergebnis dieser Erörterungen ein anderes gewesen wäre. Und doch konnte das Votum des Kongresses in der Generalstreikfrage gar nicht anders ausfallen, als es nun einmal ausgefallen ist. Durch ein ganzes Menschenalter hindurch hat man uns in der deutschen Arbeiterbewegung die Verwerflichkeit der General-

streikschwärmerei gelehrt, die den Sinn des Proletariats verirrte, die ihre Aktionskraft lähme und es von der Erringung des ihr von ihren großen Vorkämpfern klar vorgezeichneten Endziels fernhalte. Immer wieder haben uns gerade unsere Theoretiker vor der Propagierung des Generalstreiks gewarnt, und die Formel „Weg mit dem Generalstreik“ und „Generalstreik ist Unsinn“ war uns nur zu einleuchtend, wenn wir die großartige Entwicklung und die glänzenden politischen, wirtschaftlichen, propagandistischen und organisatorischen Erfolge der von jeder Generalstreikschwärmerei sich fernhaltenden deutschen Arbeiterbewegung in Vergleich zogen mit den geringen Erfolgen der im Banne der Generalstreikidee befangenen Arbeiterbewegung der romanischen Länder. Es ist von den deutschen Gewerkschaftsführern, denen von den Theoretikern der modernen Arbeiterbewegung der Abscheu vor dem Generalstreik förmlich eingepfropft worden ist, und die das gefährliche der ganzen Generalstreikpropaganda nur zu gut erkennen mußten, viel verlangt, nun plötzlich diese für so gefährlich angesehene Propaganda selbst zu betreiben, und das zu einer Zeit, wo man in den romanischen Ländern, einer besseren Einsicht folgend, immer mehr sich von der Generalstreikschwärmerei abwendet und die von der deutschen Bewegung bis jetzt so erfolgreich betriebene Form des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes als die zweckmäßigere Kampfmethode erkennt.

Nun wird von den Vertretern der Massenstreikidee in Deutschland dagegen eingewendet, daß zwischen dem von ihnen propagierten politischen Massenstreik und dem Generalstreik, vor dem sie uns früher so nachdrücklich gewarnt haben, ein gewaltiger Unterschied sei. Dieser sei von seinen Verfechtern stets als das universale proletarische Kampfmittel propagiert worden, während jener nur als neues Kampfmittel neben den vielen bewährten alten, und auch das nur im äußersten Falle, und zwar zur Verteidigung vorhandener und zur Erämpfung notwendiger Volksrechte zu betrachten sei. Man kann diese Unterscheidung, die zwischen politischem Massenstreik und Generalstreik schlechthin gemacht wird, gelten lassen, eine Unterscheidung, die von den deutschen Verfechtern der Massenstreikidee in den verschiedenen Phasen der Generalstreikdebatte mehr oder weniger stark verwischt worden ist, so wird man den Gewerkschaftsführern die damalige Stellung der Parteipresse wie der großen Masse der tätigen Parteigenossen in der strittigen Frage zugute halten müssen. Man wird ferner ihnen zugestehen müssen, daß sie von den besten Absichten für die Gesamtbewegung geleitet waren, als sie, so wie es geschehen ist, zum Generalstreik Stellung nahmen. Man wird schließlich anerkennen müssen, daß sich die Auffassung der Partei in dieser Frage der von den Gewerkschaften in Köln vertretenen bedeutend genähert hat, so daß man von erheblichen Unterschieden der Auffassung schon gar nicht mehr reden kann.

Als der Kölner Gewerkschaftskongress zum Generalstreik Stellung nahm, hatten sich nur wenige Parteiorgane, die sich um die „Neue Zeit“ und die „Leipziger Volkszeitung“ gruppieren, restlos für Einreihung des politischen Massenstreiks in die Kampfmittel des deutschen Proletariats ausgesprochen. Die große Mehrzahl der Parteiblätter lehnte dieses neue Kampfmittel oder wenigstens die Propagierung dieses neuen Kampfmittels mehr oder weniger entschieden ab. So schrieb die „Schwäbische Tagwacht“, die jetzt zu den begeistertsten Anhängern der Propaganda des Generalstreiks zählt, und die so wie die Mehrzahl der Parteipresse dem Gewerkschaftskongress seine Haltung in dieser Frage schwarz angekreidet hat, in einer Würdigung der Verhandlungen des Bremer Parteitags (September 1904):

„Über den Generalstreik mehr zu reden, als bereits geschehen, scheint uns gerade kaum noch möglich, wenn man für gewisse Fälle mit der Anwendung dieses Kampfmittels rechnet. War's in Italien möglich, gleichsam über Nacht einen Massenstreik ohne Vordebatten zu inszenieren, so wird es in Deutschland erst recht gelingen.“

Das war bis Köln die Meinung der Mehrzahl der deutschen Parteiblätter. Schrieb doch die „Sächsische Arbeiterzeitung“ in einem Begrüßungsartikel an den Kölner Kongress: „Die Frage des Generalstreiks ist in den letzten Jahren besonders durch die Propaganda des Genossen Friedeberg in die Debatte geworfen worden. Er geht von dem Gedanken aus, die gegenwärtige Ordnung der Dinge mit dem Generalstreik aus den Angeln heben zu können, und hat natürlich bei den Phantasten vom Schläge der Anarchisten begeisterte Zustimmung gefunden, die nunmehr auf alles andere zugunsten der Verhimmelung des Generalstreiks verzichtet und verzückt nur noch auf ihn starren.“

Wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter das harte Wort sprach: „Generalstreik ist Unsinn“, so möchten wir dieses harte Wort insofern mildern, als wir sagen: Wenigstens der gewerkschaftliche Generalstreik ist Unsinn. Wenn er möglich und durchführbar ist, dann ist er nicht mehr nötig, während man den Generalstreik als letztes politisches Kampfmittel zur Abwehr ungeheuerlicher Attentate auf die Volksrechte immerhin in Betracht ziehen kann. Es wäre angebracht, daß der Gewerkschaftskongress den Generalstreikschwärmern — und die Unabhängigen suchen neuerdings in den Gewerkschaften ihre konfuse Ideen des Generalstreiks als Allheilmittel zu propagieren — ein für allemal eine gründliche Abgabe erteilte. Das könnte nur zur Klärung beitragen und verhüten, daß Kraft und Intelligenz einzelner Gewerkschaften nützlicheren praktischen Gewerkschaftsarbeiten entzogen würden.“

* Obwohl der Kölner Gewerkschaftskongress ganz im Sinne dieses Ratschlages gehandelt hat, ist er dann von der Genossin Rosa

Der Kölner Gewerkschaftskongress hat ganz im Sinne der Auffassung der „Schwäbischen Tagwacht“ wie der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und vieler anderer Parteiblätter gehandelt, wenn er „alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich“ erklärte. Diese Stellungnahme entsprach so sehr dem Empfinden unserer Gesamtbewegung, daß bei der Abstimmung sich nur sieben Stimmen gegen die Resolution Bömelburg erhoben, und das, obwohl am Kongress eine größere Anzahl von Parteiführern teilnahm.

Auch nach dem Kongress haben hervorragende Parteiorgane die Haltung der Gewerkschaften in der Generalstreikfrage durchaus gebilligt. So erklärte die Chemnitzer „Volksstimme“, der Kölner Kongress habe „ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen“; die „Rheinische Zeitung“ sagte, der Kongress habe das allein Richtige getroffen, „indem er die Propagierung des Generalstreiks von sich abwies und den zwar keineswegs neuen aber klugen Grundsatz betonte, daß sich die Taktik bei Kämpfen, deren Umfang und deren Art gar nicht voraussehen ist, nicht vorausbestimmen lasse“. Und die Magdeburger „Volksstimme“ bestritt, daß das Bekenntnis zum Generalstreik ein Parteidogma geworden wäre, seitdem ein Duzend (!!!) Parteigenossen sich für ihn ausgesprochen habe:

„Bisher hat noch kein Parteitag dieses neue Kampfmittel befürwortet und die Gewerkschaften hatten das Recht, es abzulehnen, sich auf die Propaganda für den Generalstreik festzuliegen. . . Sie haben ausgedrückt, daß sie allezeit bereit sind zur Verteidigung bestehender politischer Rechte und zur Erämpfung neuer, und wenn es dazu einmal eines politischen Massenstreiks bedarf, werden ihn die deutschen Gewerkschaften führen — mit oder ohne Sanction des Gewerkschaftskongresses. Aber sie haben es abgelehnt, den politischen Massenstreik in den Gewerkschaften planmäßig zu propagieren. Damit wird sich der Parteitag abzufinden haben. Da die Gewerkschaften in erster Linie bei der Durchführung des Generalstreiks in Betracht kommen, waren sie berechtigt, zuerst Stellung dazu zu nehmen, und es liegt nun an der politischen Organisation, in dieser Frage die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten. Wir billigen übrigens die Resolution des Gewerkschaftskongresses zu dieser Frage durchaus und würden es tief bedauern haben, wenn der Beschluß anders ausgefallen wäre.“

Am letzten Ende hat die Partei in Jena in Sachen des Generalstreiks nichts anderes getan, als was die Gewerkschaften in Köln getan hatten. Wir schreiben schon im Anschluß an den Parteitag in Jena, daß von einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit der Partei und der Gewerkschaften doch nicht gut gesprochen werden könne, wenn man die in Köln und in Jena zu dieser Frage beschlossenen Resolutionen ohne Voreingenommenheiten miteinander vergleiche. Jrgend welche grundsätzliche Unterschiede zwischen beiden Resolutionen seien wohl kaum festzustellen. Mehr noch als die Jenaer Resolution aber entsprechen die Debatschen Thesen zum Massenstreik der Auffassung des Gewerkschaftskongresses in dieser Frage. Bekundet darin doch der Parteivorstand, er habe nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren, sollte derselbe aber propagiert werden müssen, so werde sich der Parteivorstand mit der Generalkommission vorher ins Benehmen setzen. Zudem solle ein nicht zu vermeidender politischer Massenstreik allein von der Partei geführt und solle von den Gewerkschaften gegenüber diesem Kampfe nur wohlwollende Neutralität geübt werden.

Wenn das zur offiziellen Anschauung der Partei erhoben werden soll, so muß man sich nur über die Angriffe wundern, die nach Köln von der Parteipresse auf die Gewerkschaften erfolgt sind. Wenn man von den Gewerkschaften im Falle

Erörterung in derselben „Sächsischen Arbeiterzeitung“ wie folgt heruntergeputzt worden:

„Alle Gegner des Generalstreiks redeten immerzu von praktischen „Erfahrungen“, die „Erfahrung“ war der Grundton der Debatte, das Schild, das sie der „Theorie“, den „Literaten“, dem Ausland entgegenhielten. Und das alles von der Höhe der „Erfahrungen“ eines Landes, das eben noch nie in der Lage war, mit dem politischen Generalstreik eine Erfahrung zu machen!“

Tatsächlich war eben dieser Grundton, der aus der ganzen Generalstreikdebatte hervorklang, nicht die „Erfahrung“, sondern — die Borniertheit, und sicher hat noch kein Kongress der Gewerkschaften in Deutschland stattgefunden, auf dem die Borniertheit so stark hervorgetreten ist, wie in Köln. Eine selbstgefällige, strahlende, selbstsichere Borniertheit, die an sich selbst eine große Freude erlebt, sich an sich selbst berauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat, die über ein historisches Produkt glaubt Richterprüche fällen zu können, das sich um Kongressbeschlüsse den Teufel kümmert. Diese selbe Borniertheit war schon nahe daran, die Idee der Maifeier kurzerhand über Bord zu werfen. Und diese selbe Borniertheit versichert uns dann zum Schluß: „Nur nicht bange werden! Die Reaktion kann uns nichts tun! Sie soll uns ruhig alles nehmen, das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, alle Rechte — wir bleiben auch dann noch stark!“ Wenn das nicht heißt, die Arbeiterbewegung in unverantwortlicher Weise in gefährlichsten Großmachtsbuse einzufließen, dann wissen wir nicht, was sonst Demagogie und was Irreführung der Arbeiter heißt.“

Wenn die „Sächsische Arbeiterzeitung“ jetzt erklärt, daß sie diese Auffassung der Genossin Luxemburg über den Gewerkschaftskongress nicht geteilt habe, daß sie im Gegenteil nur die in ihrem Begrüßungsartikel zum Kongress oben wiedergegebene Anschauung in der strittigen Frage als die der Redaktion akzeptieren könne, so kann dieses nachträgliche Desaveu der Genossin Luxemburg doch nichts an der Tatsache ändern, daß sie widerspruchlos den Gewerkschaftskongress, der im Sinne ihrer Anschauung handelte, so herunterputzen ließ, und daß sie nach dem Kongress so wenig im Sinne ihrer vor dem Kongress ausgesprochenen Meinung handelte.

eines revolutionären Anschlages auf die Volksrechte nichts weiter verlangte, als eine wohlwollende Neutralität gegenüber der Partei, die ihr Außerstes zur Eringung oder Verteidigung von Volksrechten einsetzte, so konnte man sich die Gehe auf die Gewerkschaften nach GÖln wahrlich ersparen. Die Gewerkschafter, auch die unbedingten Gegner des Generalstreiks, haben nie daran gedacht, im Augenblick einer politischen Gefahr teilnahmslos beiseite zu stehen oder gar für die Volksrechte kämpfenden Partei in den Rücken zu fallen. Bei jeder Gelegenheit ist von gewerkschaftlicher Seite stark betont worden, daß man zur Verteidigung der Volksrechte sein alles einsetzen müsse. Und die Gewerkschaften müssen es als eine starke Zumutung empfinden, in Augenblicken, wo die Rechte des Volkes in Gefahr sind, neutral beiseite zu stehen. Wie jeder andere Genosse wollen wir in solchen Situationen kämpfen bis aufs äußerste, um aber einen solchen unvermeidlichen Kampf siegreich durchzuführen zu können, wollen wir jede Erörterung unserer eventuellen Kampfmittel unterlassen, ganz im Sinne unserer alten bewährten Taktik und auch im Sinne jener Parteiblätter, die wie die „Schwäbische Tagwacht“ und die „Sächsische Arbeiterzeitung“ vor GÖln, und die „Rheinische Zeitung“, die Chemnitzer und Magdeburger „Volksstimme“ nach GÖln, vor jeder unnützen Propaganda und Diskussion des Generalstreiks abrieten.

Mit welchem Rechte hat dann aber die Parteipresse den Gewerkschaftskongreß und die Gewerkschaftsführer wegen ihrer Stellungnahme zum Generalstreik angegriffen, sie, die zum größten Teil dem Generalstreik indifferent gegenüberstand oder sich ähnlich wie der Kongreß aus taktischen Gründen gegen die Propagierung des Generalstreiks ausgesprochen hatte? Sie, die jetzt in den Hauptpunkten das, was die Gewerkschaften in GÖln vertraten und was sie früher bekämpfte, akzeptiert, in anderen Punkten aber den Gewerkschaften viel weiter entgegenkommt, als ihnen lieb sein kann? Im Interesse der gedeihlichen Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften kann man diesen von der Parteipresse angezettelten Streit, der nach der Enthüllung der Bebel'schen Thesen doch nur ein Streit um Worte war, nur aufs tiefste bedauern.

Von der Parteipresse wird jetzt selbst anerkannt, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften so, wie es jetzt besteht, nicht aufrecht erhalten werden kann, daß im Interesse der gemeinsamen Sache, für die wir kämpfen, ein besseres Einvernehmen, ein kameradschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Zweigen der deutschen Arbeiterbewegung Platz greifen müssen. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Erkenntnis der Parteipresse nur mit Freuden begrüßen.

Wir haben diese häßlichen Debatten immer aufs tiefste bedauert, auch im Interesse der Partei, der dadurch gewiß der schlechteste Dienst geleistet wurde. Denn darüber müssen sich doch die talentvollsten Kritiker der Gewerkschaften im Lager der Partei klar sein, daß ein Massenstreik doch nur mit gut organisierten und vor allen Dingen auch gut disziplinierten Massen siegreich durchzuführen ist, daß aber die ganze häßliche Art ihrer Bekämpfung der gewerkschaftlichen Leitungen nur Desorganisation und vor allen Dingen Schädigung der so notwendigen Disziplin zur Folge haben kann. Denn aufgeklärte Genossen, die in diesen Streit tiefer eindringen, müssen sich voll Götter erfüllt von einer Sache abwenden, die, wie es beim Massenstreik geschah, mit so verwerflichen Mitteln verteidigt wird, und unaufgeklärte neigen bekanntlich ohnedies zur Indisziplin. Die Sache hat auch noch eine andere ernste Seite. Von der Parteipresse wird stets mit Recht hervorgehoben, daß die große Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zurzeit an den sozialdemokratischen Parteibestrebungen noch so wenig tätigen Anteil nimmt. Von den 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ist wohl kaum der dritte Teil politisch organisiert und kaum die Hälfte Leser der Parteipresse. Hier ist noch ein großes Erziehungswerk zu leisten, eine Arbeit, der sich die Gewerkschaftspresse und die Gewerkschaftsführer stets mit großem Eifer unterzogen haben. Wenn nun die Gewerkschaftspresse, die einzig doch in diese Massen eindringt, immer wieder genötigt wird, eine ungerechte Kampfweise einzelner Parteiblätter abzuwehren, so erleichtert das gewiß nicht die Proselytenmacherei der Partei unter der politisch noch indifferenten Masse der Gewerkschaftsmitglieder. Diese Gewerkschaftsführer, die von einzelnen Parteiblättern in dem letztjährigen Streite zwischen Partei und Gewerkschaften als die bornierten, um ihre Gehälter besorgten, haufenfüßigen Bureautraten verschrien worden sind, sind vielen Gewerkschaftsmitgliedern doch oft genug nur als die bewährten und aufopfernden Vertreter ihrer Interessen bekannt, und zwar persönlich bekannt, und diese persönliche Bekanntschaft mit ihren Führern und das im Kampfe gewonnene Vertrauen zu denselben wird durch geradezu ausgesuchte Beleidigungen, mögen sie selbst von Parteifunktionären erfolgen, nicht erschüttert werden. Höchstens wird ein unnützer Streit in die Gewerkschaften selbst hineingetragen. Wohl aber wird das Ansehen der Partei dadurch erheblich geschädigt.

Im Interesse der Partei kann man also nur wünschen, daß diese Kampfweise eingestellt wird und daß zwischen den gewerkschaftlichen und den Parteifunktionären ein mehr kameradschaftliches Verhältnis Platz greift. Das braucht nicht bis zur restlosen Willigung aller Handlungen oder Ansichten der einen oder anderen Körperschaft oder Person zu gehen; es sollte aber davor schützen, daß man in dem Neben-genossen oder Kollegen, der eine andere Ansicht vertritt, nicht gerade den dummen oder schlechten Kerl erblickt.

Die Lage der Berliner Tischlerei im Jahre 1905 nach den Berichten der Holzindustriellen.

Das Jahr 1905 brachte der Berliner Tischlerei in allen ihren Branchen reichliche Beschäftigung. Der gute Geschäftsgang, der sich in den vorhergehenden Jahren gezeigt hatte, ist im Jahre 1905 noch übertrumpfen worden. Dieses Resultat dürfte nicht unwesentlich durch den Umstand beeinflusst sein, daß sich während der großen Aussperrung in den letzten Monaten des Jahres 1904 unerledigte Aufträge in größerer Zahl angesammelt hatten.

Die durch den Vertragsabschluß im Januar 1905 eingesezte Schlichtungskommission hat, wie aus den Berichten der Holzindustriellen in dem „Berliner Jahrbuch für Handel und Industrie“, dem Bericht der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin für das Jahr 1905 hervorgeht, die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Es ist aber auch unbedingt erforderlich, daß sich die Arbeitervertreter in dieser Kommission auf eine starke Organisation stützen können, welche ihnen den nötigen Rückhalt gewährt. Das feste Gefüge unserer Berliner Verbandszahlstelle bürgt erfreulicherweise dafür, daß es die Meister trotz ihrer Grobsprecherei sobald nicht wieder zu einem so großen Kampfe kommen lassen, wie dem im letzten Quartal des Jahres 1904, der ihnen schweren Schaden zufügte.

Manche Unternehmer suchen sich freilich über den erlittenen Schaden dadurch hinwegzutäuschen, daß sie sich vorreden, sie seien als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen; so berichtet ein Möbelfabrikant von einem Mißerfolg der Arbeiter. Den Erfolg der Meister schreibt dieser Berichtsersteller in der Hauptsache der Freien Vereinigung der Holzindustriellen zu, welche es verstanden hat, die Einigkeit unter den Meistern aufrecht zu erhalten, während die Zwangs-einigung zu viel Elemente in sich vereinigt, deren Interessen nicht nur nicht gemeinsame sind, sondern sich oft diametral gegenüberstehen. Auch ein anderer Berichtsersteller aus der Möbelbranche spricht von einem erfolglosen Streit, der zur Folge hatte, „daß von Anhänglichkeit und Interesse an der Arbeit seitens der Arbeitnehmer keine Rede sein kann und es zum Beispiel nicht möglich ist, eilige dringende Arbeiten durch Überstunden zu forcieren, das heißt außergewöhnliche Anforderungen zu stellen. Die Arbeiter tun nichts, was den vom Verband ausgegebenen Vorschriften widerspricht.“ Dieser letzte Satz stellt der Organisations-treue unserer Berliner Kollegen ein schönes Zeugnis aus und zeigt gleichzeitig, daß der Kampf doch nicht ganz so erfolglos war, wie es die Unternehmer hinstellen belieben. Über den tatsächlichen Ausgang der Aussperrung haben wir seinerzeit eingehend berichtet, und wollen wir dem nur noch hinzufügen, daß in der amtlichen Streifstatistik, die bekanntlich durchaus nicht dazu neigt, die Resultate der Lohnkämpfe im Sinne der Arbeiter zu färben, der in Frage kommende Kampf als teilweise erfolgreich verzeichnet ist. Welchen Nutzen die Aussperrung den Unternehmern brachte, kann man aus einer Stelle aus dem Bericht der Handelskammer zu Berlin vom Jahre 1904 schließen. Es heißt dort in bezug auf die in Frage kommenden Vorgänge: „Man versuchte in aller Eile, die dringendsten Arbeiten fertig zu stellen; mit dem Geschäft aber war es vorbei. Viele Aufträge wurden von den Bestellern zurückgezogen, neue Abschlüsse kamen nicht zustande, und so vergingen die drei besten Geschäftsmonate ohne jeden Gewinn, während die allgemeinen An-lösungen par-emment fortwährten und den größten Teil des in den ersten drei Quartalen erzielten Nutzens aufzehrten.“ Das ist der Erfolg, den die Aussperrung den Unternehmern gebracht hat, und man versteht es daher, daß sie mit dem gegenwärtigen Vertragsverhältnis im allgemeinen sehr zufrieden sind und mit einem gewissen Bangen dem Ablauf des Tarifs entgegensehen. „Gleich nach Beendigung des Vertrags werden aber, wie ein Möbelfabrikant besorgt, voraussichtlich neue Anträge gestellt werden, zum Beispiel auf ununterbrochene Arbeitszeit. So harmlos dieser Antrag klingt, so wird er doch der Anfang des Kampfes um den Achtstundentag werden.“ Eine schreckliche Perspektive!

Was die einzelnen Branchen anlangt, so war in der Bautischlerei so viel Arbeit vorhanden, daß sie am Orte nicht vollständig bewältigt werden konnte und insolge dessen mehr Bautischlerarbeiten als sonst von auswärts eingeführt wurden. Die neue Geschmacksrichtung, welche insbesondere bei den Türbekleidungen die gerade laufenden, gefehlten Profile verdrängt und sich dem sogenannten englischen Stile anpaßt, kommt dem Berliner Markt zugute. Die auswärtigen Konkurrenzfabriken können nämlich solche Arbeiten nicht auf Stapel fertigen, und läßt deren Ausführung meist zu wünschlichen übrig. Die auch von den Bautischlermeistern geäußerte Klage über Stelgerung der Preise für Rohmaterialien und der Arbeitslöhne, mit welchen die Preise der fertigen Produkte nicht gleichen Schritt halten, lehrt so regelmäßig bei den Berichten aus allen Branchen wieder, daß ihr eine besondere Bedeutung nicht beigemessen werden kann. — „Die Preise für bessere Jalousien sind gut gewesen,“ wird aus der Jalousiebranche berichtet, aber trotzdem sind die Fabrikanten damit nicht zufrieden. In dem Bericht heißt es weiter: „Eine dauernde Besserung der Preise in Berlin und Ostdeutschland kann erst erreicht werden, wenn es gelingt, die ostdeutschen und Berliner Fabrikanten zum Anschluß an den Verband (deutscher Jalousie- und Rolladenfabriken) zu bewegen. Wir können den Herren eine „dauernde Besserung der Preise“, sie sollen es sich aber abgewöhnen, über die Begehrlichkeit der Arbeiter zu schimpfen, wenn diese ein gleiches Bestreben an den Tag legen.“

In der Möbelfabrikation wird über die auswärtige Konkurrenz geklagt. Auswärtige Spezialwerkstätten, die mit geringeren Unkosten arbeiten, auch nicht mit so „schwierigen Arbeitsverhältnissen“ zu kämpfen haben, dagegen aber minder qualifizierte Arbeiter liefern, lassen ihre Waren durch Agenten an Berliner Händler verkaufen und bereiten dadurch den Berliner Fabrikanten eine schwere Konkurrenz. geklagt wird auch über das Submissionswesen, unter welchem solide Unternehmer zu leiden haben. Über Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Schädigung wird nichts berichtet; es scheint, daß die Unternehmer nur dann zu einer leidlichen Einigkeit zu bringen sind, wenn es gilt, den Arbeitern entgegenzutreten. Die bevorzugten Stillarten sind im allgemeinen die gleichen geblieben wie im Vorjahr, doch macht sich eine stete Sucht nach neuem bemerkbar, die immer größere Anforderungen an die Zeichenateliers der Möbelfabrikanten stellt. Interessant ist die Klage über die geringe Zweckmäßigkeit der Künstlerentwürfe und Zeichnungen. Gerühmt werden demgegenüber gewisse Wiener Möbel (besonders Schlafzimmern), die dem Geschmack des gebildeten Mittelpublikums entgegenkommen, verhältnismäßig billig sind und den Stempel der künstlerischen Individualität tragen, es aber durchaus vermeiden, irgend eine geniale Idee zur Geltung bringen zu wollen. Diese Möbel werden, obwohl sie in Berlin billiger herzustellen wären, doch gern gekauft. Der Berichtsersteller meint, daß man in Deutschland vergeblich suchen wird, solche Möbel gezeichnet zu erhalten.

Festgehalten zu werden verdient das Geständnis, daß zu wenig zur Heranbildung der Arbeitskräfte geschieht. Der Berichtsersteller, der dieses Geständnis ausspricht, möchte die Schuld an diesem Zustand unserem Verband zuschieben, da dieser es nicht duldet, daß einem ausgerechneten Tischlerlehrling ein geringerer Abschlag gewährt wird als 24 Mk. pro Woche. Ein eben Ausgelernter verdient aber keine 24 Mk., er wird deshalb entlassen, und ihm entgeht die Möglichkeit, sich weiter zu bilden. Die Behauptung, daß ein eben Ausgelernter keine 24 Mk. verdient, mag in vielen Fällen zutreffen, die Schuld daran liegt doch aber an dem sogenannten „Lehrmeister“, der seine Pflicht vernachlässigt hat, wenn er es nicht dahin bringt, daß sein Lehrling beim Verlassen der Lehre imstande ist, das Existenzminimum zu verdienen. Die werten Herren von der Freien Vereinigung der Berliner Holzindustriellen mögen sich daher gefälligst an die eigene Nase fassen, der Ausbildung der Lehrlinge eine größere Aufmerksamkeit schenken und nicht auf die Gesellen schelten, die eifersüchtig darüber wachen, daß die Löhne nicht herabgedrückt werden.

Der Bericht konstatiert weiter die Tatsache, daß die Arbeitsteilung in den Tischlereibetrieben immer mehr durchgeführt wird; selbst kleine Tischlereien sind bestrahlt, alle Arbeiten, die physische Kräfte erfordern, durch Maschinen besorgen zu lassen. Die Fertigkeit der Tischler-gesellen ist dadurch aber nicht geringer geworden; sie beschränken sich auf das Furnieren, Kröpfen, Fertigmachen usw., und haben sie darin eine große Übung erlangt. Diese Anerkennung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter steht wohlthuend ab von den Ausführungen über dieses Thema, welche im vorjährigen Bericht der Berliner Handelskammer enthalten sind. Es heißt dort, daß in den Möbelfabriken beim Entwurf neuer Muster schon möglichst Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter genommen wird, doch zeige sich, daß nur ein Bruchteil der Arbeiter den an sie gestellten Anforderungen gewachsen sei. Im Anschluß daran wird die gute Meisterlehre gerühmt, auf welche in Berlin viel Wert gelegt wird. Wenn trotzdem das Können der Arbeiter nach beendeter Lehrzeit nur mangelhaft ist, dann wird das darauf zurückgeführt, daß das Streben nach möglichst großer Ausbildung und Vervollkommnung während der Lehrzeit nicht immer zu beobachten ist. Uns will die Konsequenz des hier entwickelten Gedankenganges nicht recht einleuchten. Es wird ohne weiteres zuzugeben sein, daß einzelne Lehrlinge nicht den erforderlichen Fleiß entwickeln; wenn jedoch allgemein über die geringe Leistungsfähigkeit der jungen Arbeiter geklagt wird, dann beweist das nur, daß das der „guten Meisterlehre“ gezollte Lob nicht berechtigt ist.

Ein Scharfmacher vom reinsten Wasser ist der Fabrikant, der im Berliner Jahrbuch über die Lage in der Küchen-möbelbranche berichtet. Weil die Preise der Rohmaterialien um zirka 10 Prozent gestiegen sind, hat er seine Preise entsprechend erhöht; als aber die Arbeiter im Begriff waren, in eine Lohnbewegung einzutreten, um ihr Einkommen der verteuerten Lebenshaltung anzupassen, da machte er kurzen Prozeß. Kurz vor Beginn der Bewegung hat er, wie er sich rühmt, zirka 80 Verbandsmitglieder entlassen, und auf Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband hat er sich nicht eingelassen. Die Nichtverbandsmitglieder waren zu einem Streik infolge einer im Jahre 1908 erlittenen Niederlage nicht zu bewegen, und so war unser biederer Scharfmacher fern heraus. Er beschäftigte zurzeit keine Verbandsmitglieder und gedenkt dies auch fernherhin durchzuführen. Natürlich sind ihm Nichtverbandsmitglieder nur insoweit sympathisch, als es sich um Arbeiter handelt, von den Unternehmern verlangt er eine straffe Organisation; er hofft, daß durch Zusammenschluß sämtlicher Interessenten ungerechtfertigten Forderungen noch besser entgegengetreten werden kann, als es bei der letzten Bewegung möglich war. Vielleicht läßt dieses offenerzige Geständnis auf die Nichtverbandsmitglieder, die sich willig ausdrücken lassen, um den Beutel des Scharfmachers zu füllen, die richtige Wirkung aus.

Dieselben Tischlermeister, die eine äußerst starke Abneigung gegen die Lohnarbeit haben, wenn sie dieselbe in ihren Werkstätten einführen sollen, verlangen ganz energisch die Befestigung der seit einiger Zeit eingeführten Akkordarbeit bei den Eisenbahnbodenarbeitern. Diese werden nach dem Gewicht

bekanntlich annähernd fünf Monate lang heldenmütig um die Erringung des Neunfundentags gekämpft. Vor drei Wochen waren sie genötigt, den Streik, weil aussichtslos, aufzuheben; da wurden sie aber von den Unternehmern ausgeperrt, weil sie sich weigerten, eine ihrer unwürdigen Arbeitsordnung zu unterschreiben. Die Unternehmer erklärten, man werde unsere Kollegen schon mürbe machen; um Arbeitskräfte werde man nicht verlegen sein, könnte man sich doch wegen Erlangung solcher mit dem Christlichen Holzarbeiterverband in Verbindung setzen.

Es wird den christlich organisierten Holzarbeitern schwer fallen, sich bei den Unternehmern, bei denen sie nach ihren Söldner Streikbrecherheldentaten nur mehr als die Streikbrechergarde schlechthin angesehen werden, ein besseres Ansehen zu erringen.

Den Korzarbeitern ist großes Heil widerfahren. Am 31. August und 1. September tagte in Eisenach der Kongress der internationalen Korzindustriellen. Vertreten waren durch etwa 100 Delegierte Deutschland, Österreich, Spanien, Frankreich, Schweden, Norwegen, Dänemark, Polen, Finnland und Belgien. In den Pausen zwischen den verschiedenen Festivitäten wurde unter anderem auch beschlossen, für Korzarbeiter, die 25 Jahre in einem und demselben Dienste tätig sind, Diplome zu beschaffen. Zugleich wurde beschlossen, die Preise für Korzen und Korzspäne durchgängig und allgemein auf dem Weltmarkt zu erhöhen. Die Delegierten der einzelnen Staaten verpflichteten sich, darauf hinzuwirken, daß unter 9 bis 9,50 Mt. pro Kilo nicht mehr verkauft wird. — Für sich Preissteigerungen, für die Arbeiter Diplome. Für wie dumm mögen die Herren die Korzarbeiter wohl gehalten haben, daß sie ihnen so etwas zu bieten wagten?

Waggonfabrik Akt.-Ges. vorm. B. Herbrand & Co. in Cöln-Ghrenfeld. Die Verwaltung erklärt, dem B. H. C. zufolge, daß die Fabrik sehr gut beschäftigt und der Umsatz bedeutend höher sei als im Vorjahre. Auch würden entsprechende Preise erzielt. Die Dividende für das mit dem 30. September zu Ende gehende Geschäftsjahr sei auf mindestens 12 Prozent zu schätzen. (Im Vorjahre wurden 10 Prozent Dividende verteilt.)

Gewerkschaftliches.

Lokalistischer Sauerkeig.

Das immer kleiner werdende Häuflein der anarcho-sozialistischen Gewerkschaften hat sich bekanntlich zur Aufgabe gemacht, die Zentralverbände hauptsächlich deshalb zu bekämpfen, weil ihnen angeblich der revolutionäre Geist fehlt, der sich bei den Anarcho-Sozialisten einer so vorzüglichen Pflege erfreut. Die Zentralverbände sind nach Ansicht der Lokalisten verpufft, denn sie treiben praktische Gewerkschaftsarbeit und haben es mit Hilfe der Unterstützungseinrichtungen, die sie immer wirksamer ausbauen, zu gewaltigen Mitgliederzahlen gebracht. Zwar zeigen die wachsenden Erfolge, welche die Zentr. Verbände im wirtschaftlichen Kampf erzielen, daß sie nach wie vor diesen als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, aber den Lokalisten sind die Erfolge der gewerkschaftlichen Tätigkeit gleichgültig, ihrer Ansicht nach müssen die Gewerkschaften grundsätzlich die Unterstützungseinrichtungen verneinen und sich ausschließlich als Kampforganisationen betrachten auf die Gefahr hin, daß sie so bedeutungslos werden wie es — die Lokalisten tatsächlich sind.

Die Gegnerschaft gegen die Unterstützungseinrichtungen gehört zu den Prinzipien der Lokalisten, aber dieses Prinzip gerät ins Wanken, wenn sich die Möglichkeit eröffnet, einige Hundert neue Mitglieder zu gewinnen. Dieser Zeitpunkt ist jetzt eingetreten. Bekanntlich hat sich in Berlin unter der Leitung Wiesenthals ein neuer Metallarbeiterverband gegründet, dessen Mitgliederzahl, vermutlich stark nach oben abgerundet, auf 2000 angegeben wird. In der Erkenntnis, daß diese sogenannte Gewerkschaft es nie zu irgend einer Bedeutung bringen kann, sucht Wiesenthal Anschluß bei den Lokalisten, die ihn mit offenen Armen aufnehmen würden, wenn das verfluchte Prinzip nicht wäre, welches sie verpflichtet, gegen die Unterstützungseinrichtungen Stellung zu nehmen, auf die jedoch die Anhänger Wiesenthals nicht verzichten wollen, nachdem sie ihren Nutzen im Deutschen Metallarbeiterverband kennen gelernt haben.

Um die schwierige Frage zu lösen, hat das Berliner Gewerkschaftskartell, die Vertretung der Berliner Lokalisten, am 17. August eine Versammlung arrangiert, in welcher die Führer der Anarcho-Sozialisten ihre Ansichten über den Fall austauschten. Es standen sich zwei Gruppen gegenüber, von den die eine der Meinung war, daß die fakultative Zulassung der Unterstützungseinrichtungen nichts prinzipienwidriges sei, denn tatsächlich hätten ja einige der „Freien Vereinigung“ angeschlossene Gewerkschaften bereits Unterstützungseinrichtungen eingeführt, ebenso wie trotz der prinzipiellen Gegnerschaft gegen Tarife es doch lokalistische Vereine gebe, welche Tarifverträge abgeschlossen haben. Der Referent in der Frage, der Metallarbeiter Dannenberg ist von der Unhaltbarkeit der lokalistischen sogenannten Prinzipien vollständig überzeugt. Er wirft die Frage auf: „Weshalb sind wir in der allgemeinen Arbeiterbewegung so bedeutungslos? und beantwortet sie folgendermaßen: „Weil wir den Zeitverhältnissen nicht Rechnung getragen haben; wir haben tatsächlich eine Art Sisyphusarbeit geleistet. Mit den alten Argumenten machen wir die Dinge nicht besser, im Gegenteil wir arbeiten nur für die Zentralverbände.“ Das ist ein recht anerkennenswertes Geständnis der Ohnmacht, nur sollten die Leute auch noch den Mut haben, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Von Dannenbergs Gegnern wurde ihm entgegengehalten, daß die prinzipielle Ablehnung der Unterstützungseinrichtungen ja das Wichtigste sei, was die Lokalisten von den Zentralverbänden unter-

können wir die Eigenbrödelei aufgeben und ganz übertreten.“ Eine von Dannenberg eingebrachte Resolution, welche den Gewerkschaften die fakultative Einführung von Unterstützungsgestatten will, wurde schließlich mit 39 gegen 33 Stimmen abgelehnt, ein Beschluß, den der Geschäftsführer der Freien Vereinigung der Maurer Wohl als eine Torheit bezeichnete, da ja bisher schon stets im Sinne der Resolution verfahren worden sei.

Die ganze Behandlung der Angelegenheit zeigt wieder einmal, was für Konfusionsräte die Leitung der lokalistischen Gewerkschaften in Händen haben, und daß es mit der vielgerühmten anarcho-sozialistischen Prinzipienfestigkeit purer Siffig ist. Die Dannenberg'sche Resolution wurde abgelehnt, um nicht das einzige entscheidende Merkmal fallen zu lassen, welches die Lokalisten von den Zentralverbänden trennt und dann wird konstatiert, daß man den schweren Verrat an den lokalistischen Prinzipien schon von jeher geübt hat. Kann man sich eine größere Konfussion denken!

Die Frage der Verschmelzung mit den Mannen Wiesenthals wurde übrigens wenige Tage später in der lokalistischen „Vereinigung der Metallarbeiter“ diskutiert, wobei ein Mitglied, welches für die Verschmelzung und für die fakultative Einführung von Unterstützungen eintrat, das interessante Diktum von sich gab: „Wir (d. h. die lokalistischen Gewerkschaften) bilden einen Sauerkeig, der nur in seinem eigenen Faß versauert.“ Mit diesem Wort ist die Situation trefflich gekennzeichnet. Die Lokalisten wollen die treibende Kraft in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sein, tatsächlich sind sie ohnmächtige Polterer, über deren Tiraden die Arbeiterschaft zur Tagesordnung übergeht. Man weiß, daß hinter den tönenden Worten der Anarcho-Sozialisten keine reale Macht steht, man läßt sie poltern und — versauern.

Wegen Erneuerung des Buchdrucker-tarifs, der bekanntlich am 31. Dezember dieses Jahres abläuft, finden in den Tagen vom 24. bis 29. September in Berlin zwischen den Unternehmerorganisationen des Buchdruckgewerbes und dem Verband der Deutschen Buchdrucker Verhandlungen statt.

Eine Konferenz der Zentralvorstände der Handshumacher, Kürschner, Lederarbeiter, Sattler, Schuhmacher und Portefeuille hat am 19. August im Gewerkschaftshaus zu Berlin getagt, um zur Frage der Verschmelzung genannter Verbände zu einem Industrieverband Stellung zu nehmen. Das praktische Ergebnis der Konferenz war, daß die Verbandsvorstände verpflichtet sind, über die gemeinsam zu betreibende Agitation in zurückgebliebenen Orten und Bezirken, sowie gemeinsam zu errichtende Zahlstellen besondere Vereinbarungen zu treffen.

Ein neues Gewerkschaftshaus. In Cassel wurde dieser Tage der Grundstein für ein Gewerkschaftshaus gelegt. Neben einem großen Saal, der 1500 Personen faßt, aber auch in kleinere Räume abgeteilt werden kann, werden in das Haus eine Reihe kleinere Säle, Restaurationsräume sowie eine Turnhalle und eine Doppelregelbahn eingebaut werden. Die Herberge wird Raum für 100 Betten sowie Wasch- und Waberräume enthalten. Außerdem werden in dem Haus neben den Büreaus für eine Anzahl Gewerkschaften und dem Partei- und Gewerkschaftssekretariat noch die Druckerei, Redaktion, Expedition und Buchhandlung des „Casseler Volksblattes“ untergebracht werden.

Unternehmerbewegung.

Vom Scharfmacherverband in der Metallindustrie.

Der Verband der Metallindustriellen in Leipzig stimmte in einer Besprechung den Galtung-Änderungen des Verbandes zu, die eine bessere Organisationsform und erweiterte Befugnisse des Gesamtvorstandes vorsehen. In der Hauptsache handelt es sich darum, in welcher Weise bei zukünftigen Differenzen mit der Arbeiterschaft Aussperrungen vorgenommen werden können. Bisher war bei derartigen Anlässen notwendig, daß der Gesamtverband einberufen werden mußte, der dann endgültige Beschlüsse zu fassen hatte. Fortab aber soll dem Hauptvorstand das Recht zustehen, auf Grund des Statuts ohne weiteres Aussperrungen zu verfügen. Wer während eines Streiks aus einem Betrieb, in welchem Arbeitsstellen erfolgt sind, Streikende einstellt, handelt gegen die Verbandsstatuten und wird ausgeschlossen.

Der Gesamtverband der Metallindustriellen zählt zurzeit 38 Bezirksverbände und 2 angeschlossene Vereine, welche insgesamt 431.000 Arbeiter beschäftigen. Im Jahre 1906 sind 6 Verbände und 20 Einzelmitglieder dem Verband beigetreten, zwei weitere Verbände sind 1906 hinzugekommen. Die Unternehmer arbeiten also, wie man sieht, unablässig an dem Ausbau ihrer Organisation, die dazu bestimmt, die Arbeiter zu willenlosen Ausbeutungsobjekten zu machen. Das mögen sich jene Kollegen vor Augen halten, die da meinen, es läme auf sie nicht an. Nein, jeder Arbeiter muß Mitglied seiner Gewerkschaft sein, und wer gegen diese Pflicht verstößt, schädigt sich und seine Arbeitsgenossen, denn nur eine kräftige Organisation ist imstande, dem Übermut der Scharfmacher Sigel anzulegen.

Die numerische Stärke des Verbandes der Metallindustriellen. Der Gesamtverband der Metallindustriellen zählt zurzeit 38 Bezirksverbände und 2 angeschlossene Vereine, welche insgesamt circa 431.000 Arbeiter beschäftigen. Im Jahre 1906 sind 6 Verbände und 20 Einzelmitglieder dem Verbande neu beigetreten, zwei weitere Verbände sind 1906 hinzugekommen. Dieses Anwachsen der Unternehmerorganisationen muß jedem einzelnen Arbeiter nahelegen, in seinem eigenen Interesse das gleiche zu tun und mit der Anmeldung zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation nicht mehr zu säumen.

Kollegen, abonniert das „Fachblatt für Holzarbeiter“.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Schäbige Denunziation. Bekanntlich sperren die Düsseldorf Holzindustriellen im Juli v. J. ihre Arbeiter kurzerhand aus, weil diese einen von den Unternehmern einseitig ausgearbeiteten Tarif nicht anerkennen wollten. Die Aussperrung dauerte mehrere Wochen und die Unternehmern waren selbstverständlich nicht in der Lage, die bestellten Waren liefern zu können. Eine Firma in Mülhausen verzichtete auf die bei der Firma Werner & Barbach bestellten Eischränke und Gabeln, als von dieser die Lieferungsfrist nicht eingehalten wurde. Die letztere klagte auf Abnahme und machte geltend, daß sie wegen eines längeren Streiks nicht habe liefern können. Als Zeuge für diese Behauptung gab sie den Geschäftsführer des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Düsseldorf, den Genossen Otte, an. Tatsächlich wurde Otte auf Veranlassung des Mülhauser Amtsgerichtes eidlich vernommen, doch konnte er selbstverständlich die Behauptung der Firma Werner & Barbach nicht bestätigen. Er erklärte der Wahrheit gemäß, daß es sich um keinen Streit gehandelt habe, die Arbeiter seien vielmehr ausgesperrt worden. Ob die Firma überhaupt nicht habe liefern können, könne er nicht sagen. Tatsache sei, daß diese sich sehr um Arbeitswillige bemüht habe, außerdem hätten verschiedene Kleinmeister Arbeit für sie fertiggestellt. — Auf Grund dieser Auslassung wurde Otte von den Scharfmachern des Holzindustriellenverbandes wegen Meineids angezeigt und die Staatsanwaltschaft hat sich auch tatsächlich ernsthaft mit der Anzeige beschäftigt. Nach einer hochnotpeinlichen Untersuchung wurde unserem Genossen jetzt endlich mitgeteilt, daß er außer Verfolgung gesetzt sei, und daß die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt worden sind.

Eingesandt.

Aufruf an die Drechsler Deutschlands!

Seit Jahren befinden sich die Drechsler Deutschlands in einer wirtschaftlich traurigen Lage, unterstehen sie den Einwirkungen einer Wirtschaftskrise, wie sie nur selten eine Erwerbsgruppe erfahren hat. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und bei alledem noch die stete Aussicht, durch die Ungunst der Berufsverhältnisse erwerbslos zu werden, sind in fast allen Branchen des Drechslergewerbes noch heute vorherrschend. Nach Hunderten zählen die Kollegen, welche durch diese langwierige Krise aus ihrem angelernten Handwerk verdrängt wurden und nach Taufenden die, welchen dieselbe ein recht dürftige Existenz verschafft hat. Alle Hoffnungen auf eine bessere Zeit haben sich bisher als trügerische erwiesen. Nach wie vor hält die bestehende Einstellung an — und daneben schreitet die manuelle Herstellungstechnik unaufhaltsam vorwärts, so manche Arbeitskraft überflüssig machend. Wir haben nicht die Macht, uns diese Verhältnisse, die ja erst kürzlich eine ausreichende Schädigung in diesem Organ erfahren haben, entgegenzusetzen. Nein! Wir müssen aber versuchen, einen Ausgleich herbeizuführen! Gerade die heutige Situation im Drechslergewerbe zwingt zum Handeln. Unfäglich viel Mißstände gibt es zu bekämpfen, gilt es auszuwarten. Es gilt anzukämpfen gegen eine weitere Senkung des Arbeitslohnes, gegen weitere Ausbeutung der Arbeitskräfte infolge eines miserablen Akkordsystems, das den Drechsler von heutzutage zu einem Stück Maschine degradiert, kurz, andere Verhältnisse müssen den heutigen weichen. Mit der gegenwärtigen Situation im Drechslergewerbe beschäftigten sich unlängst in einer Versammlung die Drechsler Leipzigs, welche nach eingehender Debatte dahin resolierten, daß „alle diese unleidlichen Verhältnisse in den einzelnen Drechslerbranchen zunächst zu einer Aussprache auf einer Drechsler-Konferenz dienen sollen, um hiernach in Bekämpfung und Beseitigung derselben, einheitlich vorgehen zu können“. Mag man Gegner oder Befürworter von Branchenkonferenzen sein, so ganz unberechtigt oder zwecklos dürfte das Verlangen nach einer Drechslerkonferenz nicht sein. Wie nicht minder in den verschiedenen Branchen der Holzindustrie, die in der letzten Zeit tagten, um ihre Verhältnisse durch eine planmäßige Agitation zu einem besseren gestalten zu können, dürfte dieses auch für das gesamte Drechslergewerbe von großem Vorteil sein. Gar manche Frage harret auch hier ihrer Lösung. Die Bekämpfung der Heimarbeit, ob Lohn- oder Akkordarbeit, wie nicht zuletzt die Tariffrage, bieten beispielsweise allein schon genügend Stoff, einer eingehenden Beratung wert. An den Kollegen allerorts allein liegt es aber, den Beschluß der Leipziger Drechsler zu dem ihrigen zu machen und durch eine ausreichende Aussprache in dieser Zeitung den Hauptvorstand sowohl, wie die Gauvorstände von der Dringlichkeit und Notwendigkeit einer Drechslerkonferenz zu überzeugen.

Die Sektionsleitung der Drechsler aller Branchen Leipzigs.
J. A.: Paul Kising.

Achtung Klavierarbeiter!

In einer Annonce der „Zeitschrift für Instrumentenbau“ werden Zusammensteller, Bodenmacher, Umleimer, Umbaumacher verlangt für die Pianofabrik, Berlin, Andreasstraße 32. Die Zentralkommission macht alle Kollegen hierdurch aufmerksam, daß dieses die Adresse der Firma Bell & Comp. ist, wo die Kollegen seit längerer Zeit sich wegen Abzüge im Streit befinden (siehe Nr. 32 der Holzarbeiter-Zeitung). Der Bezug ist nach wie vor fernzuhalten. Zentralkommission der Klavierarbeiter.
J. A.: W. Schmidt, Hamburg 19, Eppendorferweg 41 Sts. 11.

Literarisches.

Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Berlin W 15, Meinekestr. 5. Durch alle Buchhandlungen wie auch durch die Post zu beziehen. Das Vierteljahrsabonnament kostet 1,20 Mk., das Einzelheft 10 Pf. Diese billige und gute Zeitschrift möchten wir allen Kollegen angelegentlich empfehlen. Aus dem Inhalt des letzten Heftes der „Neue Gesellschaft“ sei hervorgehoben: „Innere Kämpfe“, Max Mauwrenbrecher, „Die nächste Aktion“, Otto Gué, „Wer ist verantwortlich“, William Sanders, „Die Arbeiterpartei im englischen Parlament“, L. Braun, „Ein Traum von Wil. Morris.“

